

NACHRICHTEN

Zeitung: Mossad widersprach Netanjah bei Irans Atomprogramm

London. Der israelische Auslandsgeheimdienst Mossad hat einem Pressebericht zufolge im Jahr 2012 der Einschätzung von Ministerpräsident Benjamin Netanjah widersprochen, wonach Iran nur noch ein Jahr zur Entwicklung von Atomwaffen benötige. Die britische Zeitung »Guardian« und der katarische Fernsehsender Al-Dschasira berichteten am Montag unter Berufung auf geheime Korrespondenzen, der Mossad habe wenige Wochen nach einer Rede Netanjahs vor der UN-Vollversammlung in einem Bericht dessen Einschätzung widersprochen und erklärt, Iran habe »nicht die notwendige Aktivität« zur Herstellung einer Atombombe. Der Bericht des »Guardian« kommt wenige Tage vor Netanjahs Auftritt vor dem US-Kongress, wo er zu der Bedrohung durch das iranische Atomprogramm sprechen will. *AFP/nd*

Jüdischer Dachverband in Frankreich sorgt für Kritik

Paris. Der Präsident des jüdischen Dachverbands in Frankreich hat vor dem jährlichen Empfang seiner Organisation mit Äußerungen über junge Muslime scharfe Kritik auf sich gezogen. Roger Cukierman sagte am Montagmorgen im Radiosender Europe 1, »alle Gewalttaten werden heute von jungen Muslimen begangen, natürlich ist es eine kleine Minderheit der muslimischen Gemeinde und die Muslime sind die ersten Opfer«. Außerdem sagte er in dem Interview, die Vorsitzende der Front National, Marine Le Pen, sei »persönlich unbescholten«.

Der Präsident des Zentralrats der Muslime in Frankreich, Dalil Boubakeur, bezeichnete diese Äußerungen als »unverantwortlich und unzulässig« sowie als Verstoß »gegen das Prinzip des Zusammenlebens«. Das Kollektiv gegen Islamophobie in Frankreich kündigte seinerseits an, eine Anzeige gegen Cukierman zu prüfen. *AFP/nd*

IS verschleppte in Syrien 90 Christen

Al-Hassaka. Die Zahl der von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) entführten assyrischen Christen im Nordosten Syriens ist auf 90 gestiegen. Die Opfer seien aus zwei Dörfern nordwestlich der Stadt Al-Hassaka verschleppt worden, meldete die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte am Dienstag. Die assyrische Nachrichtenagentur Aina berichtete, der IS habe in der Region mehrere Kirchen angezündet. *dpa/nd*

30 Schiiten aus Bus in Afghanistan entführt

Kandahar. Bewaffnete haben in der zentralafghanischen Provinz Sabul einen Bus überfallen und etwa 30 Schiiten verschleppt. Nach amtlichen Angaben vom Dienstag wurden die Männer aus der Volksgruppe der Hasara am Vorabend angegriffen und entführt. Sie waren auf der Straße von der Stadt Herat nach Hauptstadt Kabul unterwegs. Schiitische Hasara sind in Afghanistan immer wieder das Ziel von Gewalt durch sunnitische Extremisten. *AFP/nd*

Kein Geld, sondern lieber Raketen

Russland will Iran nun doch modernste Luftabwehrsysteme liefern

Moskau hat Teheran vollwertigen Ersatz für das vertraglich vereinbarte, aber nicht ausgelieferte Luftabwehrsystem S-300 angeboten.

Von Irina Wolkowa, Moskau

Russland will nun doch an Iran liefern. Mit Rücksicht auf Israel hatte der damalige Präsident Dmitri Medwedjew die Erfüllung eines drei Jahre zuvor geschlossenen Abkommens untersagt. Rüstungsschmieden entgingen dadurch rund vier Milliarden Dollar. Iran verklagte Russland zudem vor einem internationalen Schiedsgericht und verlangte 900 Millionen Dollar. Die Arbitrage folgte dem Antrag und verdonnerte Russland außerdem zu einer Vertragsstrafe in Höhe von drei Milliarden US-Dollar. Teheran machte jedoch keine Anstalten, das Geld einzutreiben. Der Vertrag sei ja nicht gekündigt, man wolle kein Geld, sondern Waffen.

Falls Iran seine Klage in Genf zurückzieht, bot Moskau nun sogar S-400-Systeme und damit den direkten und verbesserten Nachfolger der S-300-Komplexe an. Als Kompromiss ist eine Modifikation im Gespräch: Anteil-2500. Diese Variante wäre Moskau lieber: Anteil zählt wegen seiner geringeren Reichweite nicht zu den strategischen Waffen und fällt damit auch nicht unter die Sanktionen, die die internationale Gemeinschaft gegen Iran wegen seines Kernforschungsprogramms verhängte.

Die USA protestierten dennoch gegen die Lieferung. Hardliner in Moskau wollen den Handel trotzdem

durchziehen. Nach dem Rückfall in den Kalten Krieg, so die Begründung, brauche man auf den Westen keine Rücksichten mehr zu nehmen. Das Luftabwehr-Problem sei faktisch geregelt, stand denn auch schon Ende Januar auf der Website des iranischen Verteidigungsministeriums

Kurz zuvor hatte mit Sergej Schoigu erstmals seit 15 Jahren wieder ein russischer Verteidigungsminister Teheran besucht und dort mit seinem Amtskollegen Hossein Dehgan ein Abkommen über militärische Kooperation unterzeichnet. Beide Seiten feierten es als »neue Qualität der Beziehungen«. Zu Recht. Denn es geht weit über die bisherige militärtechnische Zusammenarbeit hinaus und soll die Einmischung des Westens in innere Angelegenheiten der Region – gemeint sind vor allem die öl- und gasreichen Anrainer der Kaspi-See – verhindern.

Kriegsschiffe sollen regelmäßig gegenseitig die Häfen anlaufen und zu gemeinsamen Patrouillenfahrten starten. Vor allem im Persischen Golf soll ein Gegengewicht zur 6. US-Flotte entstehen und die Straße von Hormus schützen. Durch das Nadelöhr zum Arabischen Meer wickelt Iran die meisten seiner Ölexporte nach China ab. Ein Konvoi der russischen Pazifikflotte hatte den iranischen Golfhafen Bender Abbas 2013 im Zug einer Aufklärungsmission angefahren. Enger zusammenarbeiten wollen beide auch gegen den Terrorismus. Teheran wie Moskau fürchten eine zweite Front des Islamischen Staates (IS) in Zentralasien.



Start einer russischen S-300 der griechischen Armee

Foto: AFP/Costas Metaxakis

Ausländischer Agent in Murmansk

Russische Jugendbewegung muss sich zwar auflösen, doch entstand die Bibliothek »Freier Norden«

Die »Humanistische Jugendbewegung« in Murmansk fällt unter das Gesetz über »ausländische Agenten« und muss sich auflösen.

Von Johannes Spohr, Murmansk

Tanja Kulbakina, eine linke Aktivistin aus dem nordrussischen Murmansk, ist derzeit mit der Auflösung ihrer eigenen Organisation beschäftigt. Die Humanistische Jugendbewegung (GDM) habe sich notgedrungen dazu entschlossen, nachdem das Landgericht Murmansk Mitte Februar beschlossen habe, dass man sich beim Justizministerium als »ausländischer Agent« registrieren müsse.

Der Journalist Aleksandr »BOB« Borisov aus Murmansk schätzt die Arbeit vom GDM. Er habe internatio-

nale Seminare besucht und selbst Veranstaltungen organisiert. »GDM hat mir geholfen, meine Persönlichkeit zu entwickeln und auch dabei, ein Journalist zu werden.« Es sei traurig, wenn die Organisation ihre Arbeit einstellen müsse.

Für die Staatsanwaltschaft waren durch Finanzierung aus dem Ausland und politische Aktivitäten die Kriterien erfüllt, um als »ausländischer Agent« deklariert zu werden, wie Vorsitzende Olga Prokina gegenüber der ARKTIC TV bekräftigte. Sie widersprach damit dem Justizministerium, das keinen Anlass für ein Vorgehen gegen GDM gesehen hatte.

Die Aktivisten planen derzeit gemeinsam mit deutschen Partnern für April eine Konferenz zum Thema Migration. Sie wird die Feierlichkeiten zum 100-jährigen Bestehen der

Stadt Murmansk begleiten. Da GDM nicht die Schirmherrschaft übernehmen kann, muss improvisiert werden und bedarf es der Unterstützung durch Partnerorganisationen wie der Rosa-Luxemburg Stiftung. Es müssen Einladungen für VISA gefertigt und Räume angemietet, Strukturen für die finanzielle Abwicklung gefunden werden.

Natalia Stepakowa, die früher bei GDM aktiv mitarbeitete, lebt inzwischen in Berlin. Was in Murmansk geschieht, beunruhigt sie sehr: »Vor allem mache ich mir Sorgen um die wenigen Aktivisten, die dort bleiben. Ich habe Angst, dass jemand von ihnen als »ausländischer Agent« angegriffen oder zu Haft verurteilt wird.« Sie hofft aber auch, dass sich künftig andere Formate politischer Bildung entwickeln.

Ein Beispiel wäre die Bibliothek »Freier Norden«, die von Tanja Kulbakina nun organisiert wird. Nach dem Vorbild ähnlicher Einrichtungen im belarussischen Minsk und in Berlin wird eine Sammlung alternativer Literatur öffentlich zugänglich gemacht. Zwei Mal in der Woche wird die Bibliothek von ehrenamtlichen Mitarbeitern geöffnet.

Zum Ausleihen muss man lediglich eine Telefonnummer hinterlassen. Es gibt weder einen Bibliotheksausweis, noch strenge Regeln. Auch vor Ort können Bücher, Zeitungen und Filme – beispielsweise über Ökologie, Veganismus und Gendertheorie – gelesen und diskutiert werden. Die Leute bringen in der Regel nicht nur die Bücher zurück, sondern spenden auch eifrig Bücher, freut sich Tanja Kulbakina.

Israel baut mehr Siedlungen im besetzten Land

Friedensorganisation Peace Now: Netanjah will am Boden Fakten schaffen / Junger Palästinenser erschossen

Drei Wochen vor der Parlamentswahl in Israel hat eine Friedensorganisation einen dramatischen Anstieg der Siedlungsaktivität während der Amtszeit der Regierung Netanjah angeprangert.

Jerusalem. Der israelische Siedlungsbau im Westjordanland ist einem Bericht zufolge im vergangenen Jahr um 40 Prozent gestiegen. In dem

besetzten Palästinensergebiet sei 2014 mit dem Bau von 3100 Wohneinheiten begonnen worden, schrieb die israelische Organisation Peace Now in einem am Montag vorgelegten Bericht. Zugleich sei der Bau von 4485 Wohnungen in den jüdischen Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem ausgeschrieben worden. Dies sei der höchste Stand seit mindestens zehn Jahren, teilte die Organisation mit, die sich seit Jahren gegen den Siedlungsbau einsetzt.

Dem Bericht zufolge entstanden 287 neue Wohnungen in »wildem Siedlungen«, die nicht von Behörden genehmigt wurden. Völkerrechtlich sind allerdings sämtliche Siedlungen in den besetzten Gebieten illegal. Peace Now zufolge wurden seit Beginn der dritten Amtszeit von Ministerpräsident Benjamin Netanjah im März 2013 im Schnitt 460 Wohneinheiten im Monat begonnen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 10 113 Wohneinheiten in 41 Siedlungen errichtet.

»All diese Zahlen beweisen, dass Netanjah alles tut, um am Boden Fakten zu schaffen, um eine Zwei-



Siedler in Kiryat Arba im besetzten Gebiet

Foto: dpa/Abed al-Hafiz Hashlamoun

Staaten-Lösung unmöglich zu machen«, sagte die Peace-Now-Vertreterin Hagit Ofra. Sie hoffe, dass die Wähler diese Tatsache bei der Parlamentswahl am 17. März berücksichtigen würden.

Israelische Soldaten haben in der Nacht zum Dienstag nahe Bethlehem im besetzten Westjordanland einen

palästinensischen Jugendlichen getötet. Der 19-Jährige sei während Auseinandersetzungen mit israelischen Soldaten im Flüchtlingslager Dheisheh erschossen worden, teilte palästinensische Ärzte mit. Der junge Mann war Unterstützer der Palästinenserorganisation Fatah von Präsident Mahmud Abbas. *AFP/nd*

Russische Vorwürfe an die USA

Lawrow beklagt Verbreitung von Chaos im Nahen Osten

New York. Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat den USA vorgeworfen, durch ihr Streben nach einer globalen Vormachtstellung den Nahen Osten ins Chaos gestürzt zu haben. Lawrow nannte am Montag während einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats zur Sicherung von Frieden und Sicherheit die US-Interventionen in Irak 2003, in Libyen 2011 und nun in Syrien als Beispiele für eine »Verletzung der grundlegenden Prinzipien der Vereinten Nationen«. Damit seien der Nahe Osten und Nordafrika »in Instabilität und Chaos« gestürzt worden und zur Brutstätte von Extremismus geworden.

»All dies ist das Ergebnis der Versuche, die globalen Angelegenheiten zu dominieren, überall alle zu beherrschen und einseitig die Militärmacht zur Durchsetzung der eigenen Interessen einzusetzen«, kritisierte Lawrow. Moskau war entschiedener Gegner der US-Invasion in Irak sowie des NATO-Luftkriegs gegen Libyen. Russland liegt zudem seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien im Konflikt mit den USA, da diese die syrischen Rebellen unterstützen, während Moskau hinter Präsident Baschar al-Assad steht.

Ein weiterer Konfliktherd ist die Ukraine, wo Russland die Rebellen unterstützt, während der Westen hinter der Regierung in Kiew steht. Lawrow warf Washington am Montag in New York »offene Unterstützung des verfassungswidrigen Putschs in der Ukraine vor einem Jahr« vor. Damals war Präsident Viktor Janukowitsch gestürzt und ins russische Exil getrieben worden. Der russische Außenminister kritisierte außerdem, der UN-Sicherheitsrat werde entweder benutzt, um Entscheidungen Washingtons abzusegnen, oder gänzlich umgangen.

US-Justiz verurteilt PLO

Gigantische Strafe wegen »Terrorhilfe«

New York. Wegen Unterstützung von Terroranschlägen in Israel hat ein US-Gericht die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) und die Palästinensische Autonomiebehörde zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Beide Institutionen hätten zwischen 2002 und 2004 sechs Terroranschläge in Jerusalem unterstützt, bei denen US-Amerikaner ums Leben gekommen seien, urteilte das Gericht laut US-Medien am Montag. Insgesamt seien bei den Anschlägen 33 Menschen getötet und mehr als 450 verletzt worden. Das Gericht setzte die Strafe auf rund 218 Millionen Dollar fest. Gemäß einem Terrorismusgesetz in den USA wird sie jedoch auf rund 656 Millionen Dollar verdreifacht.

In Ramallah kündigten die Autonomiebehörde und die PLO Berufung an. Sie beschuldigten die israelische Regierung, das Rechtssystem der USA auszunutzen, um Extremismus zu rechtfertigen und eine Zwei-Staaten-Lösung zu sabotieren. Die Autonomiebehörde werde wie bisher Extremismus und Gewalt anprangern und sich um eine friedliche Konfliktlösung bemühen, hieß es weiter. Geklagt hatten die Nachlassverwalter von US-amerikanischen Opfern von Anschlägen. Sie dürfen das gemäß einem Anti-Terrorismus-Gesetz in den USA, auch wenn der Anschlag im Ausland passiert ist.

Israels Regierungschef Benjamin Netanjah hat das Urteil begrüßt. Der Schuldpruch entlarve den kürzlichen Beitritt der Palästinenser zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag als Heuchelei, teilte Netanjah am Dienstag mit. *dpa/nd*

ANZEIGEN

Lesung & Buchvorstellung
JAN KORTE:
GEH DOCH RÜBER

► Mittwoch, 25. Februar 2015

18.30 Uhr · Wahlkreisbüro

Manuela Schmidt/Regina Kittler

Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Das Buch erhalten Sie für 9,90 € zzgl. 2 € Versand im nd-S-Shop:
Tel.: (030) 29 78 - 17 77, Fax: (030) 29 78 - 16 50, E-Mail: s.hop@nd-online.de

